

Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz befürchtet den weiteren Niedergang der Weltwirtschaft, wenn es nicht gelingt, den Raubtier-Kapitalismus durch Regulierung zu zähmen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 110/11 – 17.07.11**

Die Übel des unregulierten Kapitalismus

Die Heilmittel für die US-Wirtschaft:

Die Kriege beenden, die Kosten für das Militär und die Arzneimittel senken und die Steuern erhöhen – wenigstens für die sehr Reichen

Von Joseph E. Stiglitz

ALJAZEERA.NET, 10.07.11

(<http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/07/20117714241429793.html>)

Erst vor wenigen Jahren hat eine mächtige Ideologie – der Glaube an freie und unregulierte Märkte – die Welt an den Rand des Ruins getrieben. Sogar in seinen Glanzzeiten vom Beginn der 1980er Jahre bis 2007 hat der nach dem Vorbild der USA deregulierte Kapitalismus größere materielle Zugewinne nur den Allerreichsten im reichsten Land der Welt gebracht.

Im Verlauf der 30-jährigen Vormachtstellung dieser Ideologie sind die Einkommen der meisten US-Amerikaner ständig gesunken oder haben stagniert.

Außerdem war das Wirtschaftswachstum in den USA nicht nachhaltig. Da der größte Teil des US-Nationaleinkommens nur ganz wenigen zufließt, ging der Zuwachs nur auf den steigenden Konsum zurück, der die Verschuldung immer mehr in die Höhe trieb.

Ich gehörte zu denjenigen, die hofften, dass die Finanzkrise die US-Amerikaner und die Bürger anderer Länder lehren würde, dass eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, eine stärkere Regulierung, und eine ausgeglicheneres Verhältnis zwischen (selbstreguliertem) Markt und (Einflussnahme) der Regierung von Nöten sei.

Leider war das nicht der Fall.

Das Wiederaufleben einer rechtslastigen Volkswirtschaft, die noch immer von der Ideologie (des unregulierten Kapitalismus) und Sonderinteressen beherrscht wird, bedroht ganz im Gegenteil erneut die Weltwirtschaft – zumindest die Wirtschaft in Europa und in den USA, wo diese Ideologie weiterhin floriert.

Den USA drohen wegen des Wiederauflebens dieser restaurativen Wirtschaftspolitik, deren Anhänger offensichtlich glauben, die elementaren Gesetze der Mathematik und der Volkswirtschaftslehre aufheben zu können, wegen der hohen Staatsverschuldung die Zahlungsunfähigkeit. Wenn der Kongress Ausgaben bewilligt, welche die Einnahmen übersteigen, entsteht ein Defizit, und dieses Defizit muss (durch Staatsanleihen) finanziert werden.

Anstatt sich um einen Ausgleich zwischen den durch Regierungs-Ausgaben angestrebten Vorteilen und den durch steigende Steuern entstehenden Nachteilen zu bemühen, greifen die Rechten zum Vorschlaghammer: Um die Staatsschulden nicht weiter ansteigen zu lassen, wollen sie die Ausgaben auf die Höhe der Steuereinnahmen begrenzen.

Das wirft die Frage auf, welche Ausgaben Vorrang erhalten sollen – und wenn die Beglei-

chung der für die Staatsschulden anfallenden Zinsen nicht zu den vorrangigen Ausgaben gehören soll, ist die Zahlungsunfähigkeit unvermeidlich. Wenn man jetzt in der Mitte der andauernden Krise, die durch die Ideologie des freien Markts verursacht wurde, die Ausgaben plötzlich kürzt, wird das den Abschwung unweigerlich verlängern.

Vor einem Jahrzehnt, in der Mitte eines Konjunkturaufschwungs, hatten die USA einen derart großen Einnahmenüberschuss, dass er beinahe die Staatsverschuldung überstieg.

Was ist dann geschehen?

Nicht ausgleichende Steuersenkungen (für die Reichen), die Kriege (Bushs), ein tiefer Konjunkturreinbruch und explodierende Kosten für die Gesundheitsfürsorge – die auch deshalb so stark anstiegen, weil die Regierung George W. Bushs den Arzneimittelherstellern erlaubte, ihre Preise selbst festzusetzen, obwohl das die Regierung sehr viel Geld kostete – verwandelten den riesigen Haushaltsüberschuss schnell in ein Rekorddefizit – und das in (relativ) friedlichen Zeiten.

Aus dieser Diagnose ergeben sich auch die Heilmittel zur Beseitigung des US-Defizits: Durch Stimulierung der Wirtschaft müssen Arbeitsplätze geschaffen werden, die sinnlosen Kriege sind sofort zu beenden, die hohen Kosten für das Militär und die Arzneimittel müssen gesenkt und die Steuern – wenigstens für die Superreichen – erhöht werden.

Die Rechten wollen aber nichts dergleichen; stattdessen fordern sie sogar weitere Steuersenkungen für die Konzerne und die Reichen, aber Kürzungen bei den Investitionen und bei den Sozialausgaben. Damit setzen sie die Zukunft der US-Wirtschaft aufs Spiel und zerreißen endgültig den Sozialvertrag (der den Staat zu Sozialleistungen verpflichtet).

Inzwischen hat der US-Finanzsektor viel Lobby-Arbeit betrieben, um sich erneut von allen Regulierungen zu befreien, damit er sein altes, völlig verantwortungsloses, zerstörerisches Unwesen fortsetzen kann.

In Europa sieht es nur wenig besser aus. Zur Bewältigung der Krisen, die Griechenland und andere (europäische Länder) bedrohen, werden als Allheilmittel nur untaugliche Sparmaßnahmen und die Privatisierung (von Staatsbetrieben) empfohlen, welche die Staaten, die das mit sich machen lassen, nur noch ärmer und verwundbarer machen werden. Diese Medizin hat bereits in Ostasien, Lateinamerika und anderswo keine Heilung gebracht, und sie wird auch in Europa nicht helfen. Sie hat sich doch schon in Irland, Lettland und Griechenland als wirkungslos erwiesen.

Dabei gäbe es eine Alternative: eine Strategie des Wirtschaftswachstums, die von der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds unterstützt werden könnte. Wachstum würde das Vertrauen wieder herstellen, dass Griechenland seine Schulden zurückzahlen wird, die Zinsen für Staatsanleihen würden wieder sinken, und so entstünde ein größerer finanzieller Spielraum für weitere wachstumsfördernde Investitionen.

Wachstum würde die Steuereinnahmen erhöhen und die Kosten für Sozialausgaben – zum Beispiel für die Arbeitslosenunterstützung – senken. Und das wiedergewonnene Vertrauen würde weiteres Wachstum anregen.

Bedauerlicherweise wollen die Finanzmärkte und die rechten Wirtschaftswissenschaftler das Problem genau umgekehrt lösen: Sie glauben, dass durch Sparprogramme Vertrauen zurückgewonnen werden kann, und dass Vertrauen wieder Wachstum schaffen wird. Dabei wird durch Sparprogramme das Wachstum abgewürgt und die finanziellen Spielräume

der betroffenen Regierungen werden noch enger, oder die Sparprogramme bringen allenfalls sehr viel geringere Verbesserungen, als sich ihre Befürworter davon versprechen. In beiden Fällen geht das Vertrauen ganz verloren, und eine Abwärtsspirale wird in Gang gesetzt.

Müssen wir dieses kostspielige Experiment, das auf Ideen aufbaut, die sich schon wiederholt als untauglich erwiesen haben, wirklich noch einmal wiederholen? Das sollten wir zwar nicht tun, aber der Eindruck verstärkt sich, dass es trotzdem noch einmal ausprobiert wird.

Wenn es nicht gelingt, in Europa oder in den USA, wieder zu einem stabilen Wachstum zu kommen, wäre das schlecht für die Weltwirtschaft. Ein Misserfolg auf beiden Kontinenten wäre katastrophal – selbst dann, wenn die Wirtschaft einzelner Schwellenländer weiter wachsen würde.

Wenn die Welt nicht auf klügere Köpfe hört, ist ihr weiterer wirtschaftlicher Niedergang nicht aufzuhalten.

Joseph E. Stiglitz ist Professor an der Columbia University, Träger des Nobelpreises für Wirtschaft und Autor des Buches "Freefall: Free Markets and the Sinking of the Global Economy" (Freier Fall: Freie Märkte und der Niedergang der Weltwirtschaft).

(Wir haben den Artikel des Nobelpreisträgers Stiglitz, der zur vorübergehenden Rettung des abgewirtschafteten Kapitalismus natürlich keine harten Eingriffe, sondern in weniger schwierigen Zeiten bewährte, kapitalistische Heftpflaster anzubieten hat, komplett übersetzt und mit einigen Ergänzungen in Klammern versehen. Seine Kritik an aufgezwungenen Sparprogrammen, Privatisierungen und untauglichen Rettungsschirmen ist berechtigt, aber die Alternativen, die er anbietet, sind bei den bestehenden Machtverhältnissen kaum zu realisieren und greifen außerdem zu kurz. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The evils of unregulated capitalism

Remedy for the US economy: end the wars, rein in military and drug costs, and raise taxes - at least on the very rich.

Joseph E Stiglitz, 10 Jul 2011

Just a few years ago, a powerful ideology - the belief in free and unfettered markets - brought the world to the brink of ruin. Even in its hey-day, from the early 1980s until 2007, US-style deregulated capitalism brought greater material well-being only to the very richest in the richest country of the world.

Indeed, over the course of this ideology's 30-year ascendance, most Americans saw their incomes decline or stagnate year after year.

Moreover, output growth in the United States was not economically sustainable. With so much of US national income going to so few, growth could continue only through consumption financed by a mounting pile of debt.

I was among those who hoped that, somehow, the financial crisis would teach Americans (and others) a lesson about the need for greater equality, stronger regulation, and a better balance between the market and government.

Alas, that has not been the case.

On the contrary, a resurgence of right-wing economics, driven, as always, by ideology and special interests, once again threatens the global economy - or at least the economies of Europe and America, where these ideas continue to flourish.

In the US, this right-wing resurgence, whose adherents evidently seek to repeal the basic laws of mathematics and economics, is threatening to force a default on the national debt. If Congress mandates expenditures that exceed revenues, there will be a deficit, and that deficit has to be financed.

Rather than carefully balancing the benefits of each government expenditure program with the costs of raising taxes to finance those benefits, the right seeks to use a sledgehammer - not allowing the national debt to increase forces expenditures to be limited to taxes.

This leaves open the question of which expenditures get priority - and if expenditures to pay interest on the national debt do not, a default is inevitable. Moreover, to cut back expenditures now, in the midst of an ongoing crisis brought on by free-market ideology, would inevitably simply prolong the downturn.

A decade ago, in the midst of an economic boom, the US faced a surplus so large that it threatened to eliminate the national debt.

So what happened?

Unaffordable tax cuts and wars, a major recession, and soaring health-care costs - fueled in part by the commitment of George W Bush's administration to giving drug companies free rein in setting prices, even with government money at stake - quickly transformed a huge surplus into record peacetime deficits.

The remedies to the US deficit follow immediately from this diagnosis: put America back to work by stimulating the economy; end the mindless wars; rein in military and drug costs; and raise taxes, at least on the very rich.

But the right will have none of this, and instead is pushing for even more tax cuts for corporations and the wealthy, together with expenditure cuts in investments and social protection that put the future of the US economy in peril and that shred what remains of the social contract.

Meanwhile, the US financial sector has been lobbying hard to free itself of regulations, so that it can return to its previous, disastrously carefree, ways.

But matters are little better in Europe. As Greece and others face crises, the medicine du jour is simply timeworn austerity packages and privatisation, which will merely leave the

countries that embrace them poorer and more vulnerable. This medicine failed in East Asia, Latin America, and elsewhere, and it will fail in Europe this time around, too. Indeed, it has already failed in Ireland, Latvia, and Greece.

There is an alternative: an economic-growth strategy supported by the European Union and the International Monetary Fund. Growth would restore confidence that Greece could repay its debts, causing interest rates to fall and leaving more fiscal room for further growth-enhancing investments.

Growth itself increases tax revenues and reduces the need for social expenditures, such as unemployment benefits. And the confidence that this engenders leads to still further growth.

Regrettably, the financial markets and right-wing economists have gotten the problem exactly backwards: they believe that austerity produces confidence, and that confidence will produce growth. But austerity undermines growth, worsening the government's fiscal position, or at least yielding less improvement than austerity's advocates promise. On both counts, confidence is undermined, and a downward spiral is set in motion.

Do we really need another costly experiment with ideas that have failed repeatedly? We shouldn't, but increasingly it appears that we will have to endure another one nonetheless.

A failure of either Europe or the US to return to robust growth would be bad for the global economy. A failure in both would be disastrous - even if the major emerging-market countries have attained self-sustaining growth.

Unfortunately, unless wiser heads prevail, that is the way the world is heading.

Joseph E Stiglitz is University Professor at Columbia University, a Nobel laureate in economics, and the author of [Freefall: Free Markets and the Sinking of the Global Economy](#).

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern